

Westen anschaut. Schon zur Mitte der achtziger Jahre war den Prager Wirtschaftspolitikern die Notwendigkeit einer stärkeren Diversifizierung der tschechoslowakischen Außenwirtschaft bewußt.

Auch der Beitrag von Jiří Kosta unterstreicht, daß die tschechoslowakische Wirtschaftspolitik schon ab Ende der siebziger Jahre durch das Spannungsverhältnis von ökonomischen Wachstums- und Effizienzerfordernissen auf der einen Seite und den politischen Herrschaftsinteressen der Machthaber auf der anderen Seite geprägt wurde. Die Ansätze zur „Vervollkommnung des Wirtschaftssystems“ waren, wie K. überzeugend darlegt, nicht geeignet, die Mängel des sehr stark sowjetisch geprägten zentralen Planungs- und Lenkungssystems zu beheben. Dementsprechend wird auch von K. die Schlußfolgerung gezogen, daß zum Ende der achtziger Jahre eine wirkliche Reform unausweichlich ist.

Eine gute Ergänzung zu dem Beitrag K.s bieten die Ausführungen von Zdeněk Lukas zu den Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft, die deutlich die Mängel einer sozialistischen Landwirtschaft herausstellen und die Bedeutung des noch verbliebenen privatwirtschaftlichen Sektors, der aus ideologischen Gründen, ebenso wie in der DDR, in Zeiten schlechter wirtschaftlicher Ergebnisse in seiner Ausprägung als Neben-erwerbswirtschaft gefördert wurde, aber nicht in der Form von Vollerwerbsbetrieben.

Der Beitrag von Hans-Erich Gramatzki befaßt sich speziell mit den Maßnahmen und Möglichkeiten, mehr Effizienz im Unternehmenssektor durchzusetzen. Eindrücklich und detailliert wird von ihm herausgearbeitet, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der achtziger Jahre nicht ausreichen konnten, unternehmerische Entscheidungsspielräume zu erhöhen und damit die gesamtwirtschaftliche Effizienz entscheidend zu verbessern.

Abgerundet wird der vorliegende Band durch die Ausführungen Horst Försters zur regionalen Wirtschaftsentwicklung und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Umwelt. Die Regionalplanung, so sein Fazit, wurde immer in der Vergangenheit der sektoralen Entwicklung untergeordnet. Zwar wurden die Entwicklungsunterschiede zwischen der Slowakei und den böhmischen Ländern abgebaut, doch ist in den letzten 15 Jahren eine verstärkte Konzentration auf bestimmte Ballungsräume festzustellen, so daß dadurch auch in erheblichem Maße die Umweltbelastungen zunehmen mußten. Sehr anschaulich werden diese verbalen Aussagen durch kartographische Abbildungen belegt.

Insgesamt läßt sich festhalten, daß der vorliegende Sammelband einen guten Überblick über einige Aspekte der tschechoslowakischen Wirtschaft bietet, die besonders problembeladen gewesen sind und die zwangsläufig die Notwendigkeit von systemverändernden Reformen nahelegen mußten. Aus diesem Grunde kann man diese Publikation, die maßgeblich von den Mitgliedern der Fachgruppe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Johann Gottfried Herder-Forschungsrates erarbeitet worden ist, als Studie zum Verständnis der gegenwärtigen Reformbestrebungen in der ČSFR empfehlen.

Paderborn

Horst Brezinski

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867. III. Abteilung: Das Ministerium Buol-Schauenstein. **Band 4:** 23. Dezember 1854–12. April 1856. Bearbeitet von Waltraud Heindl. Mit einem Vorwort von Helmut Rumppler. (Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–186.) Österreichischer Bundesverlag. Wien 1987. XLV, 344 S.

Der Eindruck, der aus den ersten drei in der ZfO bereits besprochenen Bänden mit Ministerratsprotokollen aus der Ära des Neoabsolutismus zu gewinnen war, wird von dieser jüngsten Edition bestätigt: Das oberste Gremium der Donaumonarchie war kein Kollegialorgan zur Beratung und Entscheidung über die großen Linien der Außen- und

Innenpolitik, sondern eine Gesprächsrunde, in der sich die Minister dann, wenn von ihren Vorhaben mehrere Ressorts betroffen waren, untereinander abstimmten, ehe sie dem Herrscher ihre Anträge unmittelbar unterbreiteten. Aber ebenso wie früher sind auch diesmal trotz dieser erheblichen Kompetenzminderung nicht wenige der hier erörterten Einzelheiten charakteristisch für den damaligen Zustand des Reiches und für die Absichten der Staatsführung, ihn in dieser oder jener Richtung zu beeinflussen.

Die Leser der ZfO dürfte vor allem die hier gut dokumentierte Beharrlichkeit interessieren, mit der man daran arbeitete, zum Zweck der administrativen Unifizierung dieses Vielvölkerstaats die Geltung des Deutschen als Amts-, nicht selten aber auch schon als allgemeine Vermittlungssprache auszuweiten. Ob es sich um die Umschrift auf den damals im ganzen Reich neu eingeführten, einheitlich gestalteten Behördenschildern und -siegeln (S. 119–124), um die Sprachkenntnisse der Staatsbediensteten oder um das Einrichten neuer Gymnasien gehandelt hat (S. 172–176), stets sollte das Deutsche dominieren, häufig sogar ausschließlich benutzt werden müssen. Dabei ist die politische Tendenz solcher Maßregeln nicht zu übersehen. Sie richteten sich in erster Linie gegen die Angehörigen der beiden Nationen, die während der Märzrevolution zugunsten der von ihnen erhofften staatlichen Unabhängigkeit die habsburgische Herrschaft bekämpft hatten, nämlich gegen die Italiener – namentlich im lombardo-venezianischen Königreich – und gegen die Madjaren; diesen gegenüber wurden etwa die Kroaten, die sich 1848/49 treu kaiserlich verhalten hatten, durch zusätzliche Berücksichtigung ihrer Sprache deutlich bevorzugt.

Das wichtigste innenpolitische Ereignis damals war zweifellos die Neuregelung der Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche durch das Konkordat (1855). Aus den Besprechungen, die in dieser Ministerkonferenz über die nötig werdenden Durchführungsbestimmungen geführt wurden, erscheint zweierlei als besonders bemerkenswert. Einmal war man darum bemüht, an der aus dem Josefinitismus vertrauten Präponderanz des Staates festzuhalten (Widerstand gegen die Versuche mehrerer Bischöfe, vor allem in Italien, kirchliche Bücherverbote mit den Zwangsmitteln der staatlichen Exekutive durchzusetzen; S. 214–218, 303–305). Zum anderen ist das Fortdauern der besonderen Stellung des Gebiets der ehemaligen Freien Stadt Krakau zu erwähnen. Hier waren bis 1852 für die Eheschließung die Normen des Code Napoléon maßgebend gewesen; auf sie sollte auch unter dem Regime des neuen Eherechts bei einer Ehescheidung Rücksicht genommen werden (S. 39f.).

Sind aber Germanisierungsbemühungen dieser Art und Konkordat wegen der bedeutenden Veränderungen in den nächsten Jahren praktisch folgenlos geblieben, so hatte die sich ständig verschlechternde Lage der Staatsfinanzen, auf die die Finanzminister – zunächst Andreas Freiherr von Baumgartner, ab März 1855 Karl Ludwig Freiherr von Bruck – in nahezu jeder der hier dokumentierten Beratungen aufmerksam machten, eine um so größere Wirkung. Sie war letztlich verantwortlich für die Katastrophe von 1859, durch die die Staatsführung nicht nur zu fiskalischen, sondern vor allem auch zu einschneidenden politischen Neuerungen gezwungen wurde. Damals aber waren in den meisten Fällen diese Warnungen unbeachtet geblieben.

Regionalgeschichtlich interessant sind die Hinweise auf die Auflösung der Universität Olmütz (S. 100f., 134).

Köln

Peter Burian

Adolf Gaisbauer: Davidstern und Doppeladler. Zionismus und jüdischer Nationalismus in Österreich 1882–1918. (Veröff. der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, Bd. 78.) Böhlau Verlag, Wien, Köln, Graz 1988. 553 S., 8 Abb. a. T. Das vielfach gestufte Mit- und Gegeneinander von Ost- und Westjuden charakteri-